

Berliner Blockade

Neue SPD-Führung : „Das Risiko als Chance“, FR-Meinung vom 2. Dezember

Völlig zu Recht verlangt die neue SPD-Spitze Nachverhandlungen zur Ergänzung des Koalitionsvertrages, etwa in den Bereichen Staatsinvestitionen und Klimaschutz. Wenn damit die Haushaltspolitik der so genannten „schwarzen Null“ infrage gestellt wird, liegt dies in der Natur der Sache. Und es folgt daraus, dass wir fast von Monat von Monat dazulernen, was über das ursprünglich Beschlossene hinaus um der Zukunft willen geschultert werden muss. Die „schwarze Null“ wird in der Regel damit gerechtfertigt, dass wir nicht kommende Jahre und Jahrzehnte mit einer Schuldentilgung belasten dürfen, die aus schlechtem Haushalten in der Gegenwart resultiert. Die Unterlassung notwendiger Zukunftsinvestitionen ist aber selbst Staatsverschuldung, auch wenn sie noch nicht monetär genau berechnet werden kann.

Die neue SPD-Führung sollte aber auch wichtige Festlegungen des gültigen Koalitionsvertrages in den Blick nehmen, die – vor allem dank unionsinternen Blockaden – bislang noch überhaupt nicht oder so gut wie gar nicht politisch wirksam geworden sind. Gleich im ersten Kapitel des Vertrages bekennen sich die Koalitionspartner dazu, Steuerdumping, Steuervermeidung und Steuerintransparenz international und auf EU-Ebene zu bekämpfen. Aber am 28. 11. 2019 enthielt sich die Bundesregierung im EU-Ministerrat der Stimme,

als es um grünes Licht für eine EU-Richtlinie zur öffentlichen länderbezogenen Steuerberichterstattung von Großunternehmen ging. Dadurch kam die notwendige qualifizierte Mehrheit im Ministerrat nicht zustande.

Gemäß Kapitel XII des Vertrages „wollen“ die Partner die „Menschenrechtsschutzmechanismen auf der Ebene der Vereinten Nationen, der Europäischen Union sowie des Europarates konsequent stärken“ sowie die „menschenrechtliche Kohärenz zwischen den einzelnen Politikfeldern verbessern und die Menschenrechtsarchitektur in Deutschland stärken“. Auf UN-Ebene hat eine Gruppe von Staaten den Auftrag übernommen, einen völkerrechtlich bindenden Vertrag zu entwerfen, der Wirtschaftsunternehmen zur Einhaltung der Menschenrechte in ihrem unmittelbaren und mittelbaren Wirkungsbereich verpflichtet. Was tut Berlin? Es boykottiert diese Beratungen und ebenso eine Beteiligung der EU an ihnen.

Ernsthafte SPD-Bemühungen, gegen diese Blockade anzugehen, scheint es bislang nicht gegeben zu haben. Das macht den nunmehr überholten Rat des Arbeitgeberpräsidenten an die SPD verständlich, das Duo Scholz-Geywitz zu wählen, vermutlich wegen der männlichen Hälfte desselben.

Jürgen Kasiske, Hamburg

Diskussion: frblog.de/spd-spitze



**BRONSKI IST IHR
MANN IN DER
FR-REDAKTION**

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer
Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären
Sie sich einverstanden, dass
Ihr Leserbrief auch online
unter www.frblog.de
veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor,
Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

Vertrauen ist beeinträchtigt

Pisa-Studie: „Keine Lust auf Lesen“ und „Setzen, sechs!“, FR vom 4. Dezember

Die neuen Ergebnisse der PISA-Studie kamen auf den Tisch. Wie jeder lesen konnte, schnitt Deutschland noch deutlich schlechter ab als in den Jahren davor. Deutschland liegt auf Platz 20! Dies wird in der öffentlichen Diskussion durch immer schlechter ausgebildete Lehrer u.a. begründet.

Tatsächlich sehen wir als „Mittelstandseltern“ mit Kindern, die von zu Hause gute Förderung und Startbedingungen mitbringen, ganz andere wichtige Faktoren: Wir erleben jeden Tag Schulen, in denen unsere Kinder nicht angemessen lernen können, weil es oftmals extrem laut und gewalttätig in den Schulen zugeht – und das schon in der Grundschule. Angriffe mit Steinen und Messern, fliegende Stühle im Klassenzimmer und Mobbing sind nach unseren umfangreichen Erfahrungen (aus verschiedenen Bundesländern) heutzutage Standard – und das unabhängig von Bundesland, Region und Ort.

Lehrer ducken sich weg, setzen auf „Ignorieren der Störenfriede“ oder haben keine entsprechende Handhabe, um diesen unsäglichen Zuständen ein Ende zu bereiten. Sie sollen alleine um die 25 bis 30 Kinder gut unterrichten, von denen einige nicht gut oder gar kein Deutsch sprechen (Integration) und andere verhaltensauffällig sind und Förderbedarf haben (Inklusion). Wie soll das ange-

sichts der grundverschiedenen Bedürfnisse der Kinder funktionieren?

Das alles führt dazu, dass die schulischen Leistungen vieler Kinder in den Keller rauschen dass sie nicht mehr zur Schule gehen wollen und sogar krank werden, wie es unseren Familien passiert. Und die Lehrer, Schulen und Behörden tun – trotz ausreichender Beweise und Kommunikation – flächendeckend nichts, streiten jegliche Problematik ab und schützen sogar noch die „Täter“.

Angesichts dieser untragbaren Zustände brauchen wir über eine angemessene Vermittlung von Wissen gar nicht mehr zu reden. Das Aufnehmen von Stoff ist unmöglich, wenn die Rahmenbedingungen so katastrophal sind – schlimmer noch: Die seelische und körperliche Gesundheit der Kinder ist schon in jungen Jahren massiv beeinträchtigt.

Wie sollen aus diesen Kindern stabile, zufriedene und positiv gestimmte Erwachsene werden? Unser Vertrauen in die deutsche Bildungspolitik ist nachhaltig beeinträchtigt, und es muss auch in dieser Richtung dringend etwas geschehen!

Familie Schulz-Hess, Hamburg,
Familie Heß, Jork

Alle Leserbriefe dieses Leserforums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht unter frblog.de/lf-20191209

HP_0LES02FRDA - B_180334

